

Klartext



Einblicke ins Rathaus – Auszüge aus der Arbeit der CDU-Ratsfraktion AUSGABE 2/2022



Dortmund wird fahrradfreundlicher: Radwall am Ost- und Schwanenwall wird vollendet. Und wie geht es weiter? » weiterlesen, S. 2

Mehr Sicherheit für die Dortmunder City

» weiterlesen, S. 5

Kinderklinik: Modernisierung des Westfälischen Kinderzentrums

» weiterlesen, S. 8

Ballsportarena im Unionviertel: Siegerentwurf etwas abspecken. » weiterlesen, S. 10

Nächste Sitzungen des Rates:
Do, 09.02.2023, 13 Uhr
Do, 23.03.2023, 15 Uhr
Do, 11.05.2023, 15 Uhr
Im Livestream über
www.dortmund.de

Foto: CDU-Ratsfraktion

OWIIIa-Vollanschluss an die Westfaliastraße und Neubau der Brücke an der Franziusstraße sind nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur

Der Rat hat die konkrete Planung des Vollanschlusses der OWIIIa an die Westfaliastraße beschlossen. Damit biegt ein lange diskutiertes und geplantes Verkehrsinfrastrukturprojekt nun auf die Zielgerade ein. So hat der Dortmunder Stadtrat bereits im Jahr 2015 das „Verkehrskonzept Hafen“ beschlossen und in diesem Zusammenhang auch die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Vollanschluss der wichtigen Dortmunder Verbindungsachse an die Westfaliastraße beauftragt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind den politischen Gremien 2020 vorgelegt worden. Die Herstellung des neuen Anschlusses ist für die Erreichbarkeit des Hafens von zentraler Bedeutung und vereinfacht die bisherige Anbindung erheblich. Nach Meinung der CDU-Fraktion gibt es hierbei nur Gewinner.

Hierzu **Reinhard Frank**, mobilitätspolitischer Spre-

cher der Dortmunder CDU-Fraktion: „Wir haben uns bereits seit mehreren Jahren im Interesse des Dortmunder Hafens und der dort angesiedelten Unternehmen sowie für die vom Verkehr betroffenen Anwohner in den umliegenden Gebieten immer wieder für die Herstellung des OWIIIa-Vollanschlusses an die Westfaliastraße eingesetzt. Wir wissen, wie wichtig die Realisierung dieses Projektes für alle beteiligten Akteure ist. Unsere Haltung haben wir als CDU-Fraktion auch in mehreren Anträgen deutlich gemacht. Zuletzt in Zusammenhang mit dem sich derzeit in der Planung befindlichen neuen ICE-Werk. Hier haben wir deutlich gemacht, dass die Unterstützung der CDU-Fraktion für das neue ICE-Werk an den OWIIIa-Vollanschluss gebunden ist. Die Verwaltung hat nun versichert, dass die beiden Projekte einander nicht behindern und ein guter Austausch mit der Deutschen Bahn AG stattfindet. So sollen der Vollanschluss und der Gleisbau für das neue

ICE-Werk aufeinander abgestimmt und synchronisiert werden.“

Das neue ICE-Werk soll bis Mitte 2027 in Betrieb gehen. In diesem Zusammenhang wird auch der Neubau der Eisenbahnbrücke an der Franziusstraße erforderlich. Die Brücke aus dem Jahr 1903 befindet sich bereits seit Jahren in einem schlechten Zustand und konnte nur aufgrund provisorischer Stützpfeiler weiterhin für den Verkehr freigegeben bleiben. Da die Eisenbahntrasse unter der Brücke nun mit dem neuen ICE-Werk wieder in Betrieb genommen werden soll, ist dieses Provisorium zukünftig nicht mehr möglich und ein Neubau erforderlich. Auch diese Planung wird von den Christdemokraten im Dortmunder Rat begrüßt: „Hier wird

langfristig in die Huckarder Verkehrsinfrastruktur investiert. Solche Zukunftsinvestitionen tragen wir als CDU-Fraktion aus Überzeugung mit“, so **Reinhard Frank** abschließend.



Foto: CDU-Ratsfraktion

DO kann mehr!



Dr. Jendrik Suck

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
wie wird uns das Jahr 2022 stadtpolitisch in Erinnerung bleiben? – Auf jeden Fall als ein sehr herausforderndes, anspruchsvolles Jahr, in dem wir gerade auch auf lokaler Ebene aktuelle und allgegenwärtige Krisen bewältigen mussten, ohne darüber die drängenden Zukunftsthemen unserer Zeit aus den Augen zu verlieren. 2022 wird uns sicherlich auch in Erinnerung bleiben als ein Jahr, in dem uns schonungslos aufgezeigt worden ist, wie verletzlich unsere Stadtgesellschaft doch ist, dass wir wachsam sein müssen gegenüber vielfältigen Bedrohungen, dass wir ihnen etwas entgegenzusetzen müssen, dass wir Vorsorge treffen müssen. Hier hat uns zuletzt die Nachricht vom geplanten Brandanschlag auf die Dortmunder Synagoge erschüttert. Für uns steht fest: Die Handlungsansätze im Kampf gegen den zunehmenden Antisemitismus müssen weiterentwickelt werden. Antisemitismus findet mitten in unserer Gesellschaft statt, ist nicht mehr „nur“ Ausdruck radikaler Kräfte, ist nicht mehr „nur“ ein „rechtes Problem“.

Im Jahr 2022 haben wir im zweiten Jahr unsere Projektpartnerschaft mit der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erfolgreich fortgesetzt. Die Projektpartnerschaft war wieder in vielen Themen Impuls- und Taktgeber der Dortmunder Lokalpolitik. Das Modell hat sich bewährt und ist angesichts der schwarz-grünen Landesregierung sicherlich eine gute Aufstellung, um auch in Zukunft wichtige Themen zum Wohle unserer Stadt voranzutreiben.

Themen, die Gegenstand unserer Fraktionsarbeit im zweiten Halbjahr 2022 waren, möchten wir Ihnen auszugeweiht mit dieser Ausgabe unseres „Klartextes“ vorstellen und Ihnen unseren Standpunkt zu ausgewählten Themen näher erläutern. In unserem aktuellen „Klartext“ werfen wir auch einen ersten Blick auf die laufenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2023. Unsere Fraktion wird sich unter anderem für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung einsetzen, für die Schaffung neuen Wohnraums und Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt prüfen. Von Bund und Land erwarten wir endlich eine konstruktive Lösung für die Altschuldenproblematik. Angesichts eines Schuldenberges von aktuell rund 2,4 Mrd. Euro und den aufgrund der Zinswende steigenden Zinsbelastungen werden wir ansonsten unseren kommunalen Handlungsspielraum und die Möglichkeit, Zukunftsinvestitionen durchzuführen, mittelfristig verlieren. Zu erdrückend sind die Folgen der Corona-Pandemie, die Auswirkungen des Ukraine-Krieges, die Energiekrise und die sich ankündigende Rezession, die zu zurückgehenden Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben führen wird.

Über unsere Social-Media-Kanäle halten wir Sie zum Fortgang der Haushaltsberatungen 2023 und zu anderen Inhalten unserer Politik auf dem Laufenden. Ich lade Sie ganz herzlich ein, uns in den Sozialen Medien zu folgen. Über unsere Social-Media-Kanäle sind Sie immer „nah“ dran am kommunalpolitischen Geschehen.

Eine interessante Lektüre und alles Gute für 2023 wünscht Ihnen
Ihr Dr. Jendrik Suck
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Dortmund wird fahrradfreundlicher: Radwall am Schwanen- und Ostwall wird vollendet. Und wie geht es weiter?

Wir gestalten Dortmund fahrradfreundlicher. Unter Zustimmung unserer Fraktion hat der Rat die nächsten beiden Bauabschnitte des sogenannten „Radwalls“ angeschoben. Die Ende September im Rat beschlossenen Bauabschnitte betreffen den Bereich des Schwanenwalls und haben ein Gesamtinvestitionsvolumen von 1,5 Mio. Euro. Zwischen Brüderweg und Geschwister-Scholl-Straße entsteht ein Zweirichtungsradweg, der auf Höhe der Milchgasse in einer zur Fahrradstraße ausgestalteten Nebenfahrbahn mündet. Im weiteren Verlauf bis zur Bornstraße wird die Überquerung der Geschwister-Scholl-Straße barrierefrei ausgebaut. Nach der Überquerung werden die Radfahrenden auf den vorhandenen Zweirichtungsradweg geführt, dessen Qualität durch ein neues Pflaster verbessert werden soll. Das Stellplatzangebot wird sich im Zuge der Baumaßnahmen von heute 189 Pkw-Stellplätzen auf 152 Plätze reduzieren.

„Die bereits fertiggestellten Abschnitte veranschaulichen, welchen Gewinn der Radwall für die Radverkehrsinfrastruktur unserer Stadt bringt. An einer für die Mobilität in unserer Stadt im wahrsten Sinne ‚zentralen‘ Stelle schafft der Radwall ein sicheres, komfortables und modernes Radverkehrsangebot, das uns auch in Bezug auf die Radwegeanbindung der City mit den Außenstadtbereichen deutlich nach vorne bringt“, zeigt sich der mobilitätspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Reinhard Frank** vom Mehrwert der Maßnahmen überzeugt und weist auf einen entscheidenden Punkt hin: „Eine ganz wesentliche Verbesserung ist das Ermöglichen des Zweirichtungsverkehrs, wodurch es für RadfahrerInnen weniger oft notwendig wird, den Wallring zu überqueren, um die Fahrt in gewollter Richtung fortzusetzen.“

Am Schwanen- und Ostwall ist es in guter Weise gelungen, den zur Verfügung stehenden Straßenraum so umzuverteilen, dass allen Mobilitätsbedürfnissen (Autoverkehr, Radverkehr, Fußgängerverkehr) Rechnung getragen ist. Darauf werden wir auch bei den noch ausstehenden Abschnitten des Wallrings achten, die diesbezüglich herausfordernder sind, weil an den Seitenräumen weniger



Foto: CDU-Ratsfraktion

Spielraum und weniger „Umverteilungsmasse“ zur Verfügung stehen.

Langfristiges Ziel ist es, für den Radverkehr eine durchgängige, attraktive und sichere Verbindung für den kompletten Wallring zu schaffen. Angestrebt wird eine Lösung, durch die mehr Raum für Fuß- und Radverkehr sowie für Aufenthalt und Begrünung am gesamten Wall gefunden wird. Eine Verwaltungsvorlage zu den Ergebnissen der dazu beauftragten Verkehrsuntersuchung und den daraus abgeleiteten Vorschlägen der Verwaltung für die Umgestaltung des Wallrings erreicht den Rat der Stadt Dortmund zur Sitzung am 15. Dezember 2022, also erst nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe des „Klartextes“.



Uwe Waßmann, planungspolitischer Sprecher unserer Fraktion, verdeutlicht aber schon einmal die Leitplanken für die Positionierung der CDU: „Einer neu gedachten, weiterentwickelten Aufteilung des Straßenraumes am Wallring im Sinne moderner Mobilität stehen wir grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Wir legen aber Wert darauf, dass der gesamte Straßenraum betrachtet wird, also von Hauskante zu Hauskante. Es darf nicht bloß

von Bordstein zu Bordstein gedacht und geplant werden. Unter dieser Prämisse haben wir den Umbau des Wallrings zum Radwall in den bisherigen Abschnitten auch stets unterstützt.“

Frank und Waßmann betonen: „Maßstab ist für uns immer das Anliegen, die Dortmunder City zu stärken und aufzuwerten. Daran ausgerichtet, werden wir die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung und die Vorschläge der Verwaltung für die weitere Umgestaltung des Wallrings beurteilen und zu einer Entscheidung unserer Fraktion gelangen. Uns ist wichtig: Am Ende muss die Funktions- und Nutzungsmöglichkeit des Straßenraums am Wallring für alle Verkehrsteilnehmer so gut wie möglich gewährleistet sein, sodass unsere City ihrer oberzentralen Funktion weiterhin gerecht werden kann. Feststeht: Eine nur noch einspurige Führung des Autoverkehrs im Bereich des Hauptbahnhofes ist für uns ausgeschlossen.“

Wir sprechen uns zudem entschieden gegen die Absicht aus, den gerade fertiggestellten Abschnitt des Radwalls am Ost- und Schwanenwall gegebenenfalls in den nächsten Jahren schon wieder umgestalten zu wollen. Außerdem ist auch hier der Wegfall von Fahrspuren geplant. Dieses rein ideologische Vorgehen der Verwaltung und der missbräuchliche Umgang mit Steuermitteln in diesem Zusammenhang sind für die CDU-Fraktion nicht akzeptabel.“

Raser- und Poserszene auf dem Wall: „Boxengassen“ dicht machen!

sen werden kann. Eine Alternative könnten auch versenkbare Poller darstellen. Wir möchten den Rasern und Posern die Möglichkeit zur Entfaltung rund um den Wallring beschneiden.



Uwe Wallrabe, ordnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Trotz aller Anstrengungen von Polizei und Ordnungsamt und trotz aller bereits ergriffenen Maßnahmen hält sich die Raser- und Poserszene weiterhin in Dortmund auf. Ein Schwerpunkt ist nach wie vor der Wallring, der in der Szene trotz

aller Maßnahmen ungebrochen eine hohe Attraktivität genießt. Dadurch wird schon seit länger Zeit Personal von Polizei und Ordnungsamt gebunden, das an anderer Stellen fehlt. Gerade der Parkraum am Stadt- und Käthe-Kollwitz-Gymnasium wird für die Raser- und Poserszene genutzt, um dort in den Abend- und Nachtstunden Automotoren aufheulen und Reifen quietschen zu lassen. Leidtragende sind am Ende die Anwohnerinnen und Anwohner am Ostwall, die oft auch durch das laute und permanente Hupkonzert keine Nachtruhe finden. Wir wollen dies nicht hinnehmen und sagen den meist auswärtigen Posern, Rasern und Lärmern weiter den Kampf an!“

Illegale Müllentsorgung stoppen: Kostenfreie Sperrmülltage laufen dank veränderten Konzepts runder



Die ersten beiden kostenfreien Sperrmülltage der EDG in den Stadtbezirken Scharnhorst und Brackel haben für viel Furore und Unmut bei allen Beteiligten gesorgt. „Daher freuen wir uns, dass die anfänglichen Startschwierigkeiten nun überwunden scheinen und die von uns gewollten kostenfreien Sperrmüllsammlungen dank des im Beirat der Kommunalwirtschaft zwischen Politik und EDG abgestimmten Vorgehens nun runder über die Bühne gehen“, blickt der ordnungspolitische Sprecher unserer Fraktion **Udo Wallrabe** zufrieden auf den erstmals im Stadtbezirk Eving eingeschlagenen Weg, die kostenfreie Sperrmüllaktion nicht mehr in einem Rutsch zu einem bestimmten Stichtag für den ganzen Stadtbezirk anzubieten, sondern nach Stadtteilen vorzugehen und die Sperrmüllsammlung auf mehrere Termine zu verteilen.

Angesichts der bei den schon durchgeführten Terminen eingesammelten Unmengen an Sperrmüll äußert **Wallrabe** die Zuversicht, dass das hinter der Idee kostenfreier Sperrmülltage steckende CDU-Ziel erreicht wird: „Mit dem Angebot einer möglichst komfortablen, anwohnerfreundlichen, kostenfreien Abholung von Sperrmüll sagen wir wilder Müllentsorgung den Kampf an. Illegale Müllentsorgung auf wilden Kippen soll sich in unserer Stadt nicht lohnen, es soll dafür keinen Anreiz geben, weil Sperrmüll kostenfrei zu Hause abgeholt wird.“ Deshalb haben wir uns in den letzten Haushaltsberatungen gemeinsam mit der Fraktion von B'90/ Die Grünen dafür starkgemacht, dass nach dem Beispiel anderer Städte auch in Dortmund in jedem Stadtbezirk in jedem Halbjahr ein kostenfreier Sperrmülltag angeboten wird und einen Modellversuch in allen zwölf Dortmunder Stadtbezirken durchgesetzt.“



Foto: iStock.com/Animaflo

Freibad Stockheide: Hoffen auf Fördermittel für die Sanierung



Foto: CDU-Ratsfraktion

Im Frühjahr dieses Jahres haben wir im Interesse des Schwimmsports die Entscheidung zur Sanierung des Freibads Stockheide getroffen. Mit dieser Entscheidung sichern wir den Schwimmstandort am Hoeschpark und rüsten das Schwimmareal für die Zukunft.

Schritt für Schritt geht es voran. Inzwischen haben wir der Verwaltung grünes Licht für die Teilnahme am Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ gegeben. Es stehen insgesamt 476 Mio. Euro zur Verfügung. Die maximale Zuschusshöhe beträgt 45%. Der Förderanteil soll zwischen 1 und 6 Mio. Euro liegen. Schwerpunkte des Förderprogramms liegen für Freibäder auf einer Erhöhung der Barrierefreiheit, einer möglichst klimaneutralen Wärmeversorgung bzw. einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien und Maßnahmen zur Reduzierung des Wasserverbrauchs und des Einsatzes von Chemikalien.

„Angesichts des hohen Investitionsvolumens zur Sanierung des Freibads Stockheide – zuletzt war die Rede von über 8 Mio. Euro – würden wir uns freuen, wenn möglichst hohe Fördersummen akquiriert werden könnten. Nach ersten Informationen des zuständigen Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung haben sich fast 750 Kommunen mit insgesamt 995 Projektskizzen um eine Förderung beworben. Die damit beantragte Fördersumme beläuft sich auf rund 2,7 Mrd. Euro bei „nur“ rund 476 Mio. Euro, die für die Förderung aus dem Klima- und Transformationsfonds zur Verfügung stehen. Wir wünschen uns, dass das Freibad Stockheide zu den Projekten zählt, die vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zur Förderung ausgewählt werden“, erläutert die sportpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion **Ute Mais** das Förderverfahren.



AZUBI-Wohnheim Das AZUBI-Wohnheim in Dortmund nimmt weiter Gestalt an

Bereits zu Beginn des Jahres 2022 hat die CDU-Fraktion gemeinsam mit den Grünen die Idee eines Azubi-Wohnheims für Dortmund auf den Weg gebracht. Im zuständigen Fachausschuss für Wirtschaftsförderung ist seinerzeit ein entsprechender Antrag zur Initiierung eines derartigen Projektes in Dortmund mit breiter Mehrheit beschlossen worden. Im Sommer 2022 sind die Planungen dann in der Vorlage eines ersten Konzepts durch die Wirtschaftsförderung konkreter geworden und auf schwarz-grüne Initiative hin ist beschlossen worden, den Überschuss der Dortmunder Wirtschaftsförderung

in die Weiterentwicklung dieses Projektes zu investieren. CDU und Grüne haben den Konzeptentwurf der Wirtschaftsförderung außerdem noch mit einem eigenen Antrag konkretisiert und auf zentrale Themen zugeschnitten. Das überarbeitete Konzept fand breite Unterstützung im Wirtschaftsförderungsausschuss.



Auch **Udo Reppin**, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, zeigt sich zufrieden

mit dem Projektfortschritt: „Ziel der Idee eines Azubi-Wohnheims ist es, klassische Ausbildungsberufe des Handwerks, der Industrie, des Handels und des Dienstleistungsgewerbes am Standort Dortmund zu stärken. Das Wohnheim soll beruflichen Nachwuchskräften guten und bezahlbaren Wohnraum bieten, sodass diese sich ganz auf ihre Ausbildung konzentrieren können. Dazu trägt auch eine pädagogische Begleitung bei. Wir erhoffen uns hiermit auch eine langfristige Bindung junger Auszubildender und damit künftiger Fachkräfte in Dort-

mund. Unterschiedliche Akteure bestätigen, dass es einen großen Bedarf für ein solches Angebot gibt. So beispielsweise der DGB in einem Positionspapier und die schwarz-grüne Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag. Dortmund kann bei diesem Thema eine Vorreiterrolle im Ruhrgebiet einnehmen.“

Galeria Karstadt Kaufhof in Dortmund: Unerträgliche Hängepartie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Standort braucht endlich ein tragfähiges Zukunftskonzept: Management gefordert, Stadt muss sich aber auch einbringen!



Foto: CDU-Ratsfraktion

Gemeinsam mit den Fraktionen von SPD, B'90/Die Grünen, Linke+ und FDP haben wir in einer Resolution zur Zukunft von Galeria Karstadt Kaufhof in Dortmund unsere Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erklärt, die erneut einer Hängepartie um ihre Arbeitsplätze ausgesetzt sind. Wir kritisieren, dass es das Management der

Galeria Karstadt Kaufhof GmbH trotz der millionenschweren staatlichen finanziellen Unterstützung bis heute nicht geschafft hat, ein tragfähiges Zukunftskonzept für die Warenhäuser zu erarbeiten und umzusetzen.

Dr. Jendrik Suck, Vorsitzender der CDU-Fraktion: „Wir sind der Ansicht, dass sich in diesen

Prozess auch die Stadt Dortmund schon jetzt aktiv einbringen muss, um einen wie auch immer ausfallenden Leerstand in der exponierten City-Lage der beiden Galeria Karstadt Kaufhof-Häuser am Hansaplatz bzw. Alten Markt zu verhindern. Die beiden Warenhäuser sind unverändert Ankerpunkte und wichtige Bausteine für die Attraktivität der Dortmunder City. Ein Leerstand gerade an dieser Stelle unserer City ließe negative Folgen für das gesamte Umfeld, für die gesamte City erwarten.

Wir haben deshalb im Rat dafür geworben, gemeinsam mit dem Eigentümer zu einem tragfähigen Nutzungskonzept zu gelangen, das echte und langfristige Perspektiven für den City-Standort schafft.“

Die anderen Fraktionen waren nicht bereit, uns zu folgen, gehen lieber allein eine Wette auf den Status quo ein und haben sich dem Gedanken verschlossen, gemeinsam mit dem Galeria Karstadt Kaufhof-Management eine Zukunftsidee für den Citystandort zu entwickeln. Für uns erstaunlich, hat der Rat dies doch längst in einer Resolution zur Fusion von Karstadt und Kaufhof aus dem Jahr 2018 beschlossen.

Projektes bleibt allerdings auch weiterhin bestehen:

„Statt die Herausforderungen, vor denen die Dortmunder City bekanntermaßen steht, in immer neuen Vorlagen und Präsentationen in unterschiedlichen Gremien nur zu beschreiben, wird es höchste Zeit, konkrete politische Ziele für die Zukunft und Weiterentwicklung der Dortmunder City zu benennen. Unsere primären Ziele müssen wir dabei stets im Auge behalten: Die Sicherung, Stärkung, Weiterentwicklung und Belebung der Dortmunder City. Doch das können wir nur erreichen, wenn wir als Stadt gemeinsam entschlossen sind, diese Herausforderung anzunehmen. Nach Vorstellung unserer Fraktion bedarf es hierfür eines entsprechenden politischen Beteiligungsprozesses“, betont **Udo Reppin**, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Die Umsetzung der einzelnen Aktivitäten des Citymanagements soll dabei nach Meinung der CDU-Fraktion neben einer engen Anbindung an die Politik auch im Schulterschluss mit den städtischen Tochterunternehmen sowie den Immobilieneigentümerinnen und Gewerbetreibenden der Dortmunder City erfolgen.

Neue Abfallsatzung entschärft

Entschärft und ein Stück weit konkretisiert haben wir eine neu in die Abfallsatzung der Stadt Dortmund aufgenommene Regelung. Nach den Vorgaben der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) sollen gefährliche Rückwärtsfahrten durch Entsorgungsfahrzeuge wegen der mit ihnen verbundenen Unfallrisiken möglichst vermieden werden. Diese Vorgabe zielt auf enge, unübersichtliche Stichstraßen und Sackgassen ohne ausreichend großen Wendehammer. Demzufolge sollten Anwohner solch „unbefahrbarer“ Straßenzüge per Satzung dazu angehalten werden, die Abfallbehälter an eine durch die Sammelfahrzeuge erreichbare Stelle zu bringen. Wer dazu nicht in der Lage ist, kann gegen eine nach Entfernungsmetern gestaffelte zusätzliche Jahresgebühr von bis zu 84,63 Euro die EDG mit dem Transport bis zur Sammelstelle beauftragen.

Sascha Mader, stellvertretender Fraktionsvorsitzender: „Wir sind über diese Neuregelung im Beteiligungsausschuss gestolpert und haben im Rat die klarstellende Satzungsergänzung erreichen können, dass die Festlegung der für die Sammelfahrzeuge erreichbaren Stelle einzelfallbezogen in Abstimmung zwischen Stadt und EDG erfolgt, um niemanden zu überfordern und unzumutbar weite Transportwege auszuschließen. So haben wir für eine für alle Beteiligten sachgerechte Lösung gesorgt.“

Bestätigt fühlen wir uns dadurch, dass die Polizei weite Teile der Kampstraße von der Brückstraße bis zur VHS ab dem 24. November 2022 befristet unter Videoüberwachung stellt. Dies verbuchen wir als Erfolg unserer politischen

Mehr Sicherheit für die Dortmunder City

Angeht die starke Häufung von Berichten über Gewaltdelikte unter Stichwaffeneinsatz in der Dortmunder City müssen unserer Ansicht nach alle zur Verfügung stehenden Mittel in Erwägung gezogen werden, um Gewaltauswüchsen im Herzen unserer Stadt einen wirkungsvollen Riegel vorzuschieben. In sechs Wochen zählte die Polizei allein an der Kampstraße 30 Raub- und Körperverletzungsdelikte. Deshalb haben wir im Ausschuss für öffentliche Ordnung die Verwaltung darum gebeten, die Voraussetzungen für die Einrichtung einer temporären Waffenverbotszone und die Aufnahme der Dortmunder City in die Waffenverbotszonenverordnung des Landes zu prüfen. Nach dem Beispiel der Düsseldorfer Altstadt, der Kölner Ringe oder der Zülpicher Straße in Köln wäre innerhalb des Dortmunder Wallringes dann am Abend und in der Nacht das Mitführen von Waffen und Messern im Sinne des Waffengesetzes verboten und könnte als Ordnungswidrigkeit mit einer empfindlichen Geldbuße von bis zu 10.000 Euro von der Polizei geahndet werden.

Darüber hinaus wollten wir geklärt haben, ob die Voraussetzungen gegeben sind, zur Verhütung von Straftaten und zur Stärkung des Sicherheitsgefühls bestimmte Bereiche der Dortmunder City mit Videokameras zu beobachten, um Straftaten zu verhindern, Gefahrensituationen rechtzeitig erkennen zu können und im Notfall schnell Hilfe leisten zu können. „Wir hatten die klare Erwartungshaltung, dass die Verwaltung sich diesbezüglich mit dem Dortmunder Polizeipräsidium und dem Innenministerium, aber auch mit Vertretern des City-Handels und der dort angesiedelten Gastro- und Kulturszene abstimmt und prüft, ob die angeregten Maßnahmen sinnvoll sind. Wir können nicht verstehen, dass sich vor allem die SPD-Fraktion unserem Anliegen versperrt hat und sich auf die Unzuständigkeit der Stadt zurückgezogen hat“, äußert der Vorsitzende der CDU-Fraktion **Dr. Jendrik Suck** sein Unverständnis und stellt fest: „Alle Bemühungen, die Dortmunder City nach vorne zu bringen, gerade auch im Hinblick auf ein attraktives Nachtleben, werden konterkariert und das Image der City nachhaltig beschädigt, wenn eine gewaltbereite und auf Aggression und Provokation ausgerichtete Szene meint, in der Dortmunder City ihr Unwesen treiben zu können. Deshalb wollten wir die Prüfung von Waffenverbotszone und Videoüberwachung anstoßen. Die Einrichtung einer temporären Waffenverbotszone an Wochenenden und vor bzw. an Feiertagen, flankiert von einer gezielten Videoüberwachung an besonders kritischen Punkten, sind nach unserer Überzeugung die am besten geeigneten und wirkungsvollsten Mittel der Abschreckung und Vermeidung weiterer schwerer Straftaten mit Gefahr für Leib und Leben im Herzen unserer Stadt.“

Bestätigt fühlen wir uns dadurch, dass die Polizei weite Teile der Kampstraße von der Brückstraße bis zur VHS ab dem 24. November 2022 befristet unter Videoüberwachung stellt. Dies verbuchen wir als Erfolg unserer politischen



Foto: CDU-Ratsfraktion



Foto: CDU-Ratsfraktion

Initiative. Interessanterweise ist zudem im Dortmunder Hauptbahnhof im November wieder einmal eine Waffenverbotszone eingerichtet worden – nur einen Katzensprung vom Kern der Innenstadt entfernt. „Warum nicht auch in der Innenstadt? Muss erst noch mehr passieren? Wir wollen, dass sich die Menschen in unserer Stadt zu jeder Tages- und Nachtzeit auf unseren Straßen sicher fühlen“, sagt **Dr. Jendrik Suck**.

Unsere Forderung eines Konzepts einer ständigen, regelmäßig tagenden „Sicherheitskonferenz“ für die Dortmunder City ist vom Rat der Stadt Dortmund in den zuständigen Fachausschuss für öffentliche Ordnung zur weiteren Beratung überwiesen worden. **Uwe Wallrabe**, ordnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, führt dazu aus: „Die ‚Sicherheitskonferenz‘ sollte nach unserer Vorstellung so zusammengesetzt sein, dass sie alle Beteiligten, wie Polizei, Stadt, Politik, Vertreter des City-Handels, der Gastro- und Kulturszene, der Hilfeeinrichtungen und der Kirchen einbindet. Die Aufgabe der Konferenz sehen wir darin, die Sicherheitsituation in der City zu analysieren, Defizite zu identifizieren und in gemeinsamer Abstimmung aller Beteiligten den besten Weg für mehr Sicherheit in der Dortmunder City zu erörtern und gemeinsam zu beschreiben. Der von uns in den letzten Haushalts-

beratungen auf den Weg gebrachte Aktionsplan „Angsträume City“ könnte auf diese Weise fortlaufend weiterentwickelt werden.“

Zur Entwicklung des von uns geforderten Aktionsplans „Angsträume City“ konnten wir in der Zwischenzeit einen aktuellen Sachstandsbericht entgegennehmen. Durchgesetzt haben wir in diesem Zusammenhang die Verlängerung der Beauftragung des privaten Sicherheitsdienstes für den Stadtgarten bis zum 31.03.2023. Dazu

Uwe Wallrabe: „Wir sind davon überzeugt, dass allein die Präsenz des Sicherheitsdienstes dazu führt, das offene Handeln mit Drogen sowie den Konsum von legalen und illegalen Rauschmitteln

einzuschränken. Für uns ist der private Sicherheitsdienst ein weiterer Baustein in Ergänzung des kommunalen Ordnungsdienstes, der tagsüber im Stadtgarten Streife läuft und der aufsuchenden Sozialarbeit. Perspektivisch aufgegriffen finden wir in dem Sachstandsbericht auch unseren Gedanken, den Stadtgarten als Ort für kleine (Kultur-)Veranstaltungen zu nutzen, ihn so zu beleben und als Aufenthaltsort, als Treffpunkt für Jung und Alt mitten im Herzen unserer Stadt zu etablieren.“

Das Zentrum im Fokus: Endlich kommt das City-Management!



Foto: CDU-Ratsfraktion

Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Strukturwandels des Einzelhandels hatte die Dortmunder CDU-Fraktion bereits mehrfach gefordert, dass sich in der City etwas tun muss, damit dauerhaft positive Entwicklungen in der City und strukturelle Veränderungen ermöglicht werden können. Da eine Mehrheit im Dortmunder Rat das Problem offenbar lange nicht sehen wollte, konnten wir unsere Forderung bisher nicht umsetzen.

Zuletzt hatte eine Antragsinitiative der CDU-Fraktion gemeinsam mit SPD und Grünen gezeigt, dass sich derzeit über 20 verschiedene Gremien und Arbeitskreise in Verwaltung und Politik mit der City beschäftigten. Eine derart hohe Anzahl beweist einmal mehr, wie wichtig und dringend ein ganzheitliches City-Management ist. In der Verwaltung tut sich nun etwas. Ein City-Management soll eingerichtet werden und die vielfältigen Problemstellungen „aus einer Hand“ angehen. Unsere Forderung nach einer engen politischen Begleitung dieses

Aufgabenfelder des zukünftigen City-Managements sind u. a.:

- Umsetzung der Quartiersprofile für die City
- Unterstützung bei der Aufwertung des öffentlichen Raumes hinsichtlich Aufenthaltsqualität und Erlebnischarakter
- Ideenentwicklung und Durchführung von Projekten u. a. zur Behebung von Leerständen
- Beratung privater ImmobilieneigentümerInnen hinsichtlich Nutzung, Gestaltung und Außenwirkung der Objekte (Fassadengestaltung und -begrünung)
- Steigerung der Wahrnehmbarkeit und Verbesserung der Außenwirkung der Dortmunder City-Lagen (Kundenbindung und Neukundengewinnung) mittels besuchs-, verkaufs- und imagefördernder Aktionen
- Anlaufstelle und zentraler Ansprechpartner für City-AnliegerInnen und -NutzerInnen
- Aktivierung, Beratung und Vernetzung von Innenstadtdakteuren aus unterschiedlichen Betätigungsfeldern (Immobilien, Handel, Dienstleistung, Gastronomie, Wohnen, Kunst & Kultur etc.)
- Geschäftsführung und Initiierung sowie Unterstützung bei der Umsetzung von Aktivitäten im Rahmen des Verfügungsfonds zur Soforthilfe in der City

Mehr Sicherheit für Beschäftigte des Kommunalen Ordnungsdienstes: Bodycams kommen. CDU-Forderung wird endlich umgesetzt.

Die Dortmunder Stadtverwaltung hat angekündigt, dass der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) möglichst bald mit Bodycams ausgestattet werden soll. Bereits im Sommer 2021 hat die CDU-Fraktion diese Forderung erstmals aufgegriffen und daraufhin im September 2021 einen entsprechenden Antrag im zuständigen Ausschuss gestellt. Wir freuen uns, dass unsere Forderung nun umgesetzt wird. Ziel ist es, dass erste Streifen des Kommunalen Ordnungsdienstes spätestens im Sommer 2023 mit Bodycams unterwegs sind.

„Dank der beabsichtigten Ausstattung mit Bodycams werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KOD in ihrem Einsatz für die Sicherheit in unserer Stadt endlich bestmöglich geschützt. Wir sind überzeugt, dass Bodycams den Streifen sicherer machen. Bodycams wirken abschreckend, deeskalierend und dienen Beweis-

sicherungszwecken. Bodycams können nach unserer Überzeugung einen entscheidenden Beitrag leisten, brenzlige und gefährliche Situationen zu entschärfen“, stellt sich **Uwe Wallrabe** als ordnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion hinter die Verwaltung und begrüßt deren Vorgehen: „Wir freuen uns, dass sich die Beschäftigten des KOD demnächst für das Tragen einer Bodycam entscheiden können. Die Entscheidung ist freiwillig. Und natürlich werden die Einsatzkräfte des KOD – dies war uns ganz wichtig – entsprechend geschult, damit diese neue Technik sowohl rechtlich als auch taktisch im Einsatz korrekt verwendet werden kann.“

Neben der Polizei ist der Kommunale Ordnungsdienst eine unverzichtbare Säule für die Sicherheit in Dortmund. **Wallrabe**: „Es ist unsere Pflicht, diejenigen, die für uns den Kopf hinhalten und in unser aller Interesse Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt gewährleisten, mit bestmöglicher Ausstattung bestmöglich zu schützen.“



Foto: CDU-Ratsfraktion

St. Martin ist mehr als ein Laternenfest

Auch im vergangenen November haben wieder zahlreiche Martinsumzüge in Dortmund stattgefunden. Die Tradition, rund um den Martinstag am 11. November mit selbst gebastelten Laternen einen Umzug durch die Nachbarschaft zu machen, existiert bereits seit vielen Generationen und reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück. Angeführt wird dieser Umzug oftmals von einem Reiter in der Kleidung eines römischen Soldaten als Verkörperung des namensgebenden heiligen Martin. Im Anschluss an den Umzug findet vielerorts ein Martinsfeuer mit Martinsspiel statt. Im Zentrum dieses Spiels steht die Teilung des Mantels von Martin mit einem armen Bettler. Die Kinder lernen auf diese Weise, wofür St. Martin steht: Für Solidarität und Nächstenliebe. Genau diese beiden Botschaften heben die Martinsumzüge nach Meinung der CDU-Fraktion von den vermehrt vorzufindenden Laternenfesten ab.

Entsprechend haben wir im FABIDO-Betriebsausschuss nachgefragt, wie es um die Martinstradition in den städtischen Kitas steht, denn auch hier scheinen die Martinsumzüge zunehmend durch Lichterfeste verdrängt zu werden: „Ohne den Bezug zur Geschichte des heiligen Martin erscheinen die Laternenumzüge recht inhaltsleer. Gerade diese Geschichte prägt sich bei den Kindern ein und ist fast so bekannt wie die Weihnachtsgeschichte. Aus der Angst heraus, religiöse Gefühle zu verletzen, finden immer mehr Martinsumzüge als Laternenfeste oder Sonne-Mond-Sterne-Umzüge statt. Nach unserer Auffassung ist das keine gute Entwicklung. Die Botschaft von St. Martin ist universal und nicht auf den christlichen Glauben beschränkt. Martin taugt als Vorbild ganz unabhängig vom eigenen religiösen Bekenntnis. Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass Martinsumzüge auch überall als solche bezeichnet werden“, so **Christian Barrenbrügge**, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.



Entsprechend haben wir im FABIDO-Betriebsausschuss nachgefragt, wie es um die Martinstradition in den städtischen Kitas steht, denn auch hier scheinen die Martinsumzüge zunehmend durch Lichterfeste verdrängt zu werden: „Ohne den Bezug zur Geschichte des heiligen Martin erscheinen die Laternenumzüge recht inhaltsleer. Gerade diese Geschichte prägt sich bei den Kindern ein und ist fast so bekannt wie die Weihnachtsgeschichte. Aus der Angst heraus, religiöse Gefühle zu verletzen, finden immer mehr Martinsumzüge als Laternenfeste oder Sonne-Mond-Sterne-Umzüge statt. Nach unserer Auffassung ist das keine gute Entwicklung. Die Botschaft von St. Martin ist universal und nicht auf den christlichen Glauben beschränkt. Martin taugt als Vorbild ganz unabhängig vom eigenen religiösen Bekenntnis. Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass Martinsumzüge auch überall als solche bezeichnet werden“, so **Christian Barrenbrügge**, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Gewerbeflächenentwicklung ist die Grundlage für die wirtschaftliche Zukunft des Standortes Dortmund



Foto: iStock.com/nd3000

Die Diskussion um die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Dortmund läuft bereits seit mehreren Jahren. Im Fokus steht hierbei die Entwicklung sogenannter Wirtschaftsflächen, also

Städtebauförderung: CDU-Fraktion begrüßt Städtebaufördermittel für Dortmunder Großprojekte



Foto: CDU-Ratsfraktion

Dortmund ist nach wie vor eine Stadt im Wandel. Dieser Wandel zeigt sich überall im Stadtbild auch städtebaulich. Alte Industrie- und Gewerbeflächen werden neu erschlossen und für Handel und Gewerbe genutzt.

Dieser Wandel kann nur erfolgreich gelingen, wenn größere Projekte auch entsprechend gefördert werden. Eines dieser Projekte ist die Internationale Gartenbauausstellung (IGA) 2027. Hinter diesem Projekt verbirgt sich ein umfangreiches Stadterneuerungsprogramm. Positiv sieht die Dortmunder CDU-Fraktion nun, dass mehrere Dortmunder Projekte im Zusammenhang mit der IGA 2027 auch im Städtebauförderprogramm 2022 des Landes Nordrhein-Westfalen berücksichtigt werden. In Dortmund werden fünf Projekte mit einer Gesamtsumme von 15 Mio. Euro unterstützt. Alleine die in Zusammenhang mit der IGA stehenden Maßnahmen auf dem Gelände der ehemaligen Kokerei Hansa (Zukunftsgarten „Emscher nordwärts“) werden mit rund 7,5 Mio. Euro gefördert.

Hierbei handelt es sich um den zweitgrößten Einzelförderbetrag des NRW-weiten Programms.

Hierzu **Uwe Waßmann**, planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Die Städtebauförderung sichert Wohlstand und Beschäftigung bei uns in Dortmund und eröffnet gleichzeitig neue Chancen und Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Dortmund. Gerade durch

die Maßnahmen auf dem ehemaligen Kokerei-Hansa-Gelände werden neue lebendige Orte entstehen, die auch weit nach der IGA noch ein Beispiel für einen gelingenden Strukturwandel im Ruhrgebiet sein werden. Hier sind wir als Dortmunder CDU-Ratsfraktion auch bereits seit vielen Jahren eine treibende Kraft“.

Neben den Maßnahmen auf dem Gelände der ehemaligen Kokerei Hansa finden sich in der Programmveröffentlichung des zuständigen Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW noch folgende weitere Projekte in Dortmund: Die

Lichtpromenade Boulevard Kampstraße (2,5 Mio. Euro), die Umgestaltung des Spielplatzes Im Odemshof sowie die Aufwertung von Rad- und Fußwegeverbindungen in Westerfilde und Bodelschwingh (2,7 Mio Euro), die Inwertsetzung der Freianlagen, der Sportstätte und der BoDo-Villa im Hoeschpark (1,9 Mio. Euro) und die Gestaltung der Grünanger im Hansa-Revier (182 Tsd. Euro). Die Mittel sind somit nicht auf die IGA 2027 beschränkt, sondern beziehen auch weitere Projekte in Dortmund mit ein.

„Städtebau ist eine Querschnittsaufgabe. Mit den getroffenen Entscheidungen werden elementare Weichen für die kommenden Jahrzehnte gestellt. Die aufgeführten Förderungen zeigen, dass wir in Dortmund auf einem guten Weg sind, den wir als CDU-Fraktion auch weiterhin mitgestalten werden“, so **Waßmann** abschließend.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Entwicklung neuer Wirtschaftsflächen in Dortmund in Auftrag gegeben worden. Die Ergebnisse des Gutachtens sind den politischen Gremien mit einiger Verspätung vorgelegt worden und führten bei der Dortmunder CDU-Fraktion nun zu Ernüchterung. So zeigt das Gutachten, wie angespannt die Situation in Dortmund ist und dass in Dortmund derzeit kaum noch Flächen in der Reserve vorhanden sind. Lösungsvorschläge hat die Verwaltung jedoch nach wie vor nicht unterbreitet. Die CDU-Fraktion hat deshalb im Planungsausschuss einen Antrag eingebracht, der die Verwaltung auffordert, im Interesse der Unternehmen und Arbeitnehmer konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Hierzu **Uwe Waßmann**, planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Neben der Aufforderung an die Verwaltung, konkrete Flächen zur Entwicklung vorzuschlagen, die sich auch in dem Gutachten befinden, legen wir den Fokus auch auf Flächen, die

ungenutzt in der Hand Dritter liegen. Wenn es Verkäufe von Wirtschaftsflächen an Dritte gibt, sollte die Stadt Dortmund nach unserer Vorstellung dazu übergehen, dass dies bei Vertragsabschluss mit einem Nutzungsgebot einhergeht, damit die Potenziale nicht ungenutzt bleiben. Darüber hinaus fordern wir, dass die Verwaltung eine Strategie entwickelt, die darauf abzielt, dass es auch interkommunale Flächenentwicklungen geben muss, wenn der Strukturwandel in der Region geschafft werden soll. Auch das Vorhaben, das Projekt „newPark“ bei Datteln zum Erfolg zu führen, wird aus Sicht unserer Fraktion nicht nachdrücklich genug verfolgt.“

Der Antrag der CDU-Fraktion ist in die Beratungen eingebracht und wird voraussichtlich im Februar abschließend beraten werden.

„Es ist unsere Aufgabe, bei der Flächenentwicklung der Wirtschaft am Standort Dortmund und interessierten ansiedlungswilligen Unternehmen und deren Arbeitnehmern Perspektiven möglichst für die nächsten 20-25 Jahre zu geben“, so **Waßmann** abschließend.

CDU-Fraktion setzt sich für Wohnbebauung auf dem Gelände der ehemaligen EAE Hacheney ein



Foto: CDU-Ratsfraktion

Bereits seit 2016 stehen die Gebäude auf dem Gelände der ehemaligen Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in Dortmund-Hacheney leer und sind dem Verfall preisgegeben. Nach Auffassung der CDU-Fraktion muss mit größerem Nachdruck an einer Folgenutzung des ca. 45.000 qm großen Geländes an der Glückaufsegenstraße gearbeitet werden. In einem ersten Schritt hat der Rat der Stadt Dortmund bereits den Abriss der vorhan-

denen Bebauung beschlossen. Die CDU-Fraktion sieht das Areal grundsätzlich als Potenzialfläche für Wohnbebauung an. Gleichwohl sehen die CDU-Politiker auch Hürden.

„Die hohe Nachfrage an bezahlbarem Wohnraum ist auch in Dortmund ein Dauerthema und man kann für Flächen, die Wohnungsbau möglich machen, dankbar sein. Die CDU-Fraktion setzt sich daher für eine zügige Änderung des

derzeitigen gültigen Bebauungsplans ein, um auf der ehemaligen EAE-Fläche die Schaffung neuen Wohnraums zu ermöglichen. Dabei ist uns sehr bewusst, dass die Verkehrsanbindung des Areals von ausschlaggebender Bedeutung ist und eine große Herausforderung darstellt. Entsprechende Verkehrsgutachten sind daher unerlässlich. Die verkehrliche Anbindung ist sicherlich nicht ganz einfach, jedoch auch keine unlösbare Aufgabe. Wir haben deshalb die Einleitung eines Bebauungsplanänderungsverfahrens beantragt“, führt **Uwe Waßmann**, planungspolitischer Sprecher der CDU Fraktion, aus.

In der EAE Hacheney wurden ca. 80 % der Geflüchteten in NRW und ca. 27 % der Geflüchteten bundesweit aufgenommen und weitergeleitet. Nachdem der Standort 2016 aufgegeben werden konnte, sind die Gebäude dem Verfall preisgegeben und massiv von Vandalismus betroffen. Trotz Wachdienst wurden viele Einsätze der Polizei nötig, um Vandalismus und unbefugtes Betreten möglichst zu verhindern. Zahlreiche Beschwerden von Anwohnern sind ein Beleg dafür. Vor der Nutzung als EAE war in den Gebäuden die Westfälische Schule für Gehörlose untergebracht.

„Wir hoffen, dass nun etwas mehr Bewegung in die ganze Sache kommt und sich auf dem Gelände etwas tut. Wenn alles nach Plan läuft, sollte der Abruch im Jahr 2023 abgeschlossen sein“, so **Waßmann** abschließend.

Peter Spineux ist neuer Bezirksbürgermeister von Huckarde

In ihrer Sitzung am 19. Oktober haben die Mitglieder der Bezirksvertretung Huckarde den CDU-Bezirksvertreter Peter Spineux zum neuen Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Huckarde gewählt. Die Neuwahl war nötig geworden, da sein zwischenzeitlich verstorbener Amtsvorgänger Harald Hudy von seinem Amt aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war. Harald Hudy stand der Bezirksvertretung über 25 Jahre lang vor. Peter Spineux wünscht wir für seine neuen Aufgaben alles Gute und viel Erfolg. Als stellv. Bezirksbürgermeister hat er bereits in den letzten Jahren an entscheidender Stelle im Bezirk mitgewirkt.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Es tut sich was: Gesellschaft zur Entwicklung des nördlichen Bahnhofsumfeldes wird gegründet

Ein wichtiges Zukunftsprojekt unserer Stadt wird mit unserer Unterstützung an Fahrt aufnehmen: Angelehnt an die Vorgehensweise bei anderen erfolgreichen Stadtentwicklungsprojekten, wie „PHOENIX-See“ oder „Stadtkrone Ost“, haben wir im Rat für die Gründung einer gemeinsamen Projektgesellschaft von DSW21 und Stadt Dortmund zur Entwicklung des nördlichen Bahnhofsumfeldes gestimmt.

„Wir erhoffen uns, dass die Projektgesellschaft durch die Bündelung von Kompetenz und Aufgaben für den weiteren Planungsfortschritt als Katalysator wirkt“, sagt **Uwe Waßmann**, planungspolitischer Sprecher der CDU, und blickt nach vorne: „Auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfs des Architekturbüros „raumwerk“ soll auf der Nordseite des Hauptbahnhofs ein neues urbanes Stadtquartier entstehen,

quasi als hochwertiges Pendant zur Stadtkulisse auf der anderen, der südlichen Seite des Hauptbahnhofs. Ausgehend von der Entwicklung des Hauptbahnhofs zur ‚Mobilitätsdrehscheibe‘ soll um eine grüne Spange ein neuer hochwertiger urbaner Stadtraum geschaffen werden, der verschiedene Nutzungen von Wohnen, Dienstleistungen und Bildung mit Angeboten der Freizeitgestaltung verknüpft.“

Nach dem Stand der im Jahr 2020 vorgelegten Machbarkeitsstudie liegt das Gesamtinvestitionsvolumen bei rund 655 Mio. Euro, wobei der städtische Anteil zur Realisierung des Projekts bei rund 157 Mio. Euro liegt. Die Projektgesellschaft soll zunächst die Grundlagenmittlung und Vorplanung, also die Leistungsphasen 1 und 2 nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), vorantreiben.



Foto: CDU-Ratsfraktion

CDU-Fraktion lehnt flächendeckende Tempo 30-Einführung in Dortmund ab – Abwägung im Einzelfall ist die angemessene Herangehensweise

Der Rat hat den Beitritt der Stadt Dortmund zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ beschlossen. Die CDU-Fraktion hat gegen den Beitritt gestimmt. Zwar wünschen auch wir uns grundsätzlich mehr Differenzierungsmöglichkeiten der Städte bei der Gestaltung innerörtlicher Geschwindigkeiten, jedoch nicht mit einer starren Festlegung einzig auf Tempo 30. In der Ratsdebatte hat unsere Fraktion unter anderem darauf hingewiesen, dass in Einzelfällen auch ein Tempolimit von 40 km/h sinnvoll sein kann und beispielhaft auf Erfahrungen in Städten wie Frankfurt am Main und Stuttgart verwiesen.

„Wir hielten es für falsch, in Dortmund flächendeckend Tempo 30 einzuführen. Wenn man sich die derzeitige Situation bei uns anschaut, stellt man fest, dass bereits eine Vielzahl von Tempo-30-Zonen in unserer Stadt vorhanden sind. Darüber hinaus existieren schon heute Regelungsmöglichkeiten zur Einrichtung solcher Zonen. Eine sehr häufig angewandte Möglichkeit ist hierbei die Geschwindigkeitsbegrenzung aus Lärmschutzgründen. Auf dieser Grundlage werden in den kommenden Jahren bereits zahlreiche Straßen in Dortmund eine Geschwindigkeitsreduzierung erfahren. Auch hier stehen wir für Entscheidungen mit Augenmaß. Uns ist eine Berücksichtigung aller Verkehrsteilnehmer und Anlieger wichtig“, so **Reinhard Frank**, mobilitätspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Der CDU-Politiker weist in diesem Zusammenhang auch auf die räumlichen Gegebenheiten der Ruhrgebietsstadt hin: „Dortmund ist eine Flächenstadt, in welcher Mobilität nur mit entsprechend angemessenen Geschwindigkeiten funktionieren kann. Dies bedeutet nicht, dass wir eine Änderung der Höchstgeschwindigkeiten grundsätzlich ablehnen. Wir müssen jedoch alle umwelt-, verkehrs- sowie städtebaubezogenen Belange angemessen abwägen und schauen, welche vorhandene Handlungsmöglichkeit wir besitzen, bevor wir Tempo 30 anordnen“, so **Reinhard Frank** abschließend.

Der CDU-Politiker weist in diesem Zusammenhang auch auf die räumlichen Gegebenheiten der Ruhrgebietsstadt hin: „Dortmund ist eine Flächenstadt, in welcher Mobilität nur mit entsprechend angemessenen Geschwindigkeiten funktionieren kann. Dies bedeutet nicht, dass wir eine Änderung der Höchstgeschwindigkeiten grundsätzlich ablehnen. Wir müssen jedoch alle umwelt-, verkehrs- sowie städtebaubezogenen Belange angemessen abwägen und schauen, welche vorhandene Handlungsmöglichkeit wir besitzen, bevor wir Tempo 30 anordnen“, so **Reinhard Frank** abschließend.



Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie: Aktionsplan gegen Rechtsextremismus muss weiterentwickelt werden und insbesondere stark zunehmenden Antisemitismus in den Blick nehmen.



Foto: iStock.com/melitas

Der „Dortmunder Aktionsplan gegen Rechts-Extremismus“ soll mit wissenschaftlicher Unterstützung novelliert werden. Die wissenschaftliche Arbeit soll auch Feststellungen dazu treffen, ob eine Ausweitung des Aktionsplans auf andere Formen von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zielführend ist.



„Dies können wir nur befürworten“, betont **Uwe Waßmann**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, für die CDU-Fraktion und erklärt: „Die Bedrohungen für Vielfalt, Toleranz und Demo-

kratie haben viele Ausprägungen. Die Dynamik extremistischer Entwicklungen sowie die massive Zunahme antisemitischer Vorfälle stellen eine Bedrohung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung dar, die zu einer Überarbeitung und Weiterentwicklung des Aktionsplans führen muss. Die Konzentration des Aktionsplans auf den Rechtsextremismus ist

zu eng.“ Deshalb tritt unsere Fraktion dafür ein, dass der „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ in seiner Ausrichtung ausgeweitet und weiterentwickelt wird, dass er auch die anderen anzutreffenden Formen von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Blick nimmt, dass er sich auch mit anderen Bedrohungen und Herausforderungen für unsere Gesellschaft, wie Antisemitismus, Islamismus, Salafismus, Linksextremismus oder auch dem Verschwörungsdenken auseinandersetzt und auf der Grundlage wissenschaftlich begleiteter Analysen Handlungsvorschläge und Strategien entwickelt.

„Der Anschlag auf das Rabbinerhaus an der Alten Synagoge in Essen Mitte November und der offenbar geplante Brandanschlag auf die Dortmunder Synagoge belegen auf erschütternde und traurige Weise, dass insbesondere der Kampf gegen Antisemitismus viel entscheidener und engagierter geführt werden muss. Wir erleben eine besorgniserregende Zunahme des Antisemitismus. Die massiv steigende Zahl antisemitisch motivierter Straftaten gibt Anlass zur Sorge. Dem muss bei der Novellierung des Aktionsplans gegen Rechtsextremismus Rechnung getragen werden“, fordert **Uwe Waßmann**.

Klinikum Dortmund gGmbH: Investive Zuschüsse zur Modernisierung des Westfälischen Kinderzentrums



Foto: CDU-Ratsfraktion

„Die Gesundheit unserer Kinder liegt uns am Herzen! Deshalb ist uns die Entscheidung, in die Modernisierung der baulich in die Jahre gekommenen Kinderklinik zu investieren, nicht schwergefallen“, freut sich **Dr. Eva-Maria Goll**, Mitglied im CDU-Fraktionsvorstand, über den Beschluss des Rates, dem Klinikum Dortmund im Laufe der nächsten Jahre einen Investitionszuschuss in Höhe von bis zu 30 Mio. Euro für die Modernisierung

des Westfälischen Kinderzentrums zu bewilligen. Das Gesamtinvestitionsvolumen beläuft sich nach aktuellen Kostenschätzungen auf 78 Mio. Euro. **Dr. Eva-Maria Goll**, die auch Mitglied im Klinikum-Aufsichtsrat ist, erklärt: „Das Vorhaben ist in dieser Größenordnung nicht allein durch Eigenmittel der Klinik oder mithilfe von Landesmitteln zu stemmen. Eine Investitionsbeteiligung der Stadt Dortmund als alleinige Gesellschafterin

des Klinikums ist daher zur Stärkung des Klinikstandortes notwendig.“

Die aktuellen Klinikbauten aus den 20er- und 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts sind nicht auf die heutigen Bedürfnisse ausgerichtet. Die bauliche Verfassung der Altbauten entspricht nicht mehr den Anforderungen an eine moderne Kinderklinik. Geplant ist ein Klinikneubau an der Stelle des jetzigen Dudenstifts, der baulich mit dem Zentralen OP- und Funktionstrakt (ZOPF) des Klinikums verbunden werden soll. Im ZOPF sind wichtige Funktionseinheiten untergebracht bzw. werden noch eingerichtet, die auch für den Betrieb des Westfälischen Kinderzentrums wichtig sind (OP-Säle, Aufwachraum, Radiologie mit Kinder-MRT, Kardiologie, Endoskopie und Perinatalzentrum).

Vorgesehen sind zwei Teil-Baukörper. In den ersten beiden Bauabschnitten, für die das Land bereits eine Einzelfördersumme von rund 12 Mio. Euro bewilligt hat, entsteht ein Bau für die interdisziplinäre Kinderintensivstation, für eine Kinderchirurgie zur operativen Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit seltenen Tumoren, angeborenen Fehlbildungen und anderen seltenen Erkrankungen, für die Kinderonkologie und Kinderpalliativmedizin sowie für eine Station für Jugendliche und junge Erwachsene mit chronischen oder Tumorerkrankungen. Der zweite Gebäudeteil ist u. a. vorgesehen für ein integriertes Notfallzentrum für Kinder und Jugendliche (KINZ), für eine Station

für Infektionskrankheiten, für ein Neuropädiatrisches Zentrum und Epilepsiezentrum, für eine Station für „Neue Morbiditätslast bei Kindern: Diabetes, Übergewicht, Hypertonus“. Darüber hinaus sollen in diesem Haus die Stationen für Kinderchirurgie, Kinderneurochirurgie, Kinderorthopädie und die Kinder-HNO untergebracht werden.

„Mit dem Neubau für das Westfälische Kinderzentrum fördern wir die bestmögliche Gesundheitsversorgung unserer Kinder. Wir stärken die schon unter den aktuellen Bedingungen herausragende medizinische und pflegerische Exzellenz der Kinderklinik. Zum Wohle junger Patienten versetzen wir die Kinderklinik in die Lage, gerade im Falle schwerer Erkrankungen Gesundheitsleistungen zu erbringen, die anderswo so nicht oder gar nicht mehr erbracht werden können. Wir haben die jungen Patienten und ihre Eltern im Blick und wollen angemessene Bedingungen für die Versorgung schaffen. Zugleich wollen wir durch gute Arbeitsbedingungen und eine moderne Infrastruktur aber auch die Attraktivität der Klinik für Ärzte, Ärztinnen und Pflegekräfte steigern. Dortmund braucht eine moderne Kinderklinik“, begründet **Dr. Eva-Maria Goll** die Unterstützung des Neubauprojekts für das Westfälische Kinderzentrum.



Haken dran: Stadtweites zentrales Fördermittelmanagement kommt

„Allein aus eigener Kraft könnte unsere Stadt viele Projekte und Zukunftsinvestitionen finanziell gar nicht stemmen. Wir sind auf die finanzielle Unterstützung durch Förderprogramme des Bundes, des Landes und der EU angewiesen, ansonsten könnten wir uns vieles schlichtweg nicht leisten. Doch wir sind nicht allein auf der Welt. Auch andere wollen teilhaben an den



mit endlichen Mitteln ausgestatteten Fördertöpfen und konkurrieren mit uns im Wettbewerb um Fördermittel“, umreißt **Sascha Mader**, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Bedeutung und Herausforderungen einer erfolgreichen Fördermittelbeantragung.

Unter der Überschrift „Fördermittelmanagement optimieren, kein Geld verschenken“ haben wir die Verwaltung im Rahmen unserer gemeinsamen Haushaltsanträge zum Haushaltsplan 2022 mit B'90/Die Grünen deshalb beauftragt, ein umfassendes Konzept für ein stadtweites, zentrales Fördermittelmanagement vorzulegen, das dazu beiträgt,

- passende Zuschussprogramme zu ermitteln, zu beantragen und zu koordinieren,
- andere Fachbereiche von administrativen Aufgaben zu entlasten,
- das Fördermittelcontrolling zu verbessern,
- Projekte und deren Abrechnung effizienter umzusetzen.

„In der Ratssitzung am 10.11.2022 war es so weit“,

zeigt sich **Mader** zufrieden: „Wir freuen uns, dass wir im Rat eine Vorlage zur Einrichtung eines gesamtstädtischen Fördermittelmanagements beschließen konnten, die unseren Haushaltsantrag umsetzt. Für die wichtige Aufgabe der Fördermittelakquise haben wir 3 zusätzliche Planstellen bewilligt. Wir sind zuversichtlich, dass sich die drei eingerichteten Stellen durch ihre erfolgreiche Fördermittelakquise refinanzieren werden.“ Die künftigen Förder- und ProjektmanagerInnen sollen drei große Themencluster bearbeiten:

1. Digitales, Innovation, Mobilität, Umwelt, Klima, Grün
2. Soziales, Gesundheit, Migration, Sport, Kultur, Bildung
3. Infrastruktur, Wohnen, Sicherheit, Beteiligung

„Angesichts des unübersichtlichen Fördermittel-dschungels in Bund, Land und EU brauchen wir für eine erfolgreiche Fördermittelakquise ein effizientes und leistungsfähiges Fördermittelmanagement. Es ist zunächst schon eine große Herausforderung, den richtigen Überblick zu haben und passende Fördertöpfe für ein anstehendes Projekt zu identifizieren. Außerdem sind die Antragsverfahren sehr komplex, stellen hohe Anforderungen und sind an strenge Fristen gebunden. Dafür brauchen wir an zentraler Stelle besondere Expertise, die den einzelnen Fachbereichen der Verwaltung zurarbeit, um im zunehmenden Wettbewerb um Fördermittel erfolgreich zu sein“, sieht **Sascha Mader** die Stadt mit dem auf unsere Initiative zurückgehenden Aufbau eines gesamtstädtischen Fördermittelmanagements auf einem guten Weg.

Schulreinigung: Saubere Schulen für gute Bildung

Die Sauberkeit an den Dortmunder Schulen ist immer wieder Anlass für viele Diskussionen. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie sind die

Reinigungsintervalle und die Reinigungsintensität an den Schulen deutlich erhöht worden. Eine Vorlage der Verwaltung sah vor, ab dem Winter



iStock.com/Ivan-balvan

2022 wieder zu den ursprünglichen Reinigungsplänen aus der Zeit vor der Corona-Pandemie zurückzukehren. Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund vertritt jedoch die Auffassung, dass diese Pläne nicht mehr aktuell sind und die veränderten Gegebenheiten an den Dortmunder Schulen so nicht berücksichtigt werden. Aus diesem Grund hat der Rat einen Antrag der CDU-Fraktion beschlossen, der eine Aktualisierung der Reinigungspläne für die Schulen in Trägerschaft der Stadt Dortmund fordert. Der beschlossene Antrag fordert hierbei auch eine Erhöhung der Reinigungsintensität.



Hierzu **Dr. Eva-Maria Goll**, schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion: „Die zusätzlichen Reinigungs während der Corona-Pandemie haben die Kritik an der Sauberkeit der Dortmunder Schulen verstärkt. Neben der nach wie vor beste-

henden pandemischen Lage ist bedingt durch den Krieg gegen die Ukraine und die Auslastung aller Klassen bis zur maximal möglichen Schülerzahl eine deutliche Veränderung aus der Zeit vor Pandemiebeginn erkennbar. Zudem werden im Zuge des Ausbaus des offenen Ganztags die Betreuungsangebote zunehmend auch auf Klassenräume ausgedehnt. Überlegungen, die Schulen auch im Schichtbetrieb für Sprachkurse am Nachmittag zu nutzen, kommen hinzu. Mehr Menschen auf gleichem Raum und verstärkte Nutzung des Raumes verursachen einen größeren Reinigungsaufwand. Die bestehenden Reinigungspläne aus der Zeit vor der Pandemie bedürfen somit konsequenterweise einer Aktualisierung. Schön, dass die anderen Fraktionen sich der Haltung der CDU angeschlossen haben.“

Gemäß Ratsbeschluss soll die Stadtverwaltung nun ein überarbeitetes Reinigungskonzept für die Dortmunder Schulen vorlegen. Dieses Konzept soll dann in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2023 mitbehandelt werden.

„Energie“-Krisenstrategie für Sportvereine gefordert

Im Sportausschuss haben wir gemeinsam mit der Fraktion B'90/Die Grünen eine Krisenstrategie für Sportvereine eingefordert. „Die Vereine haben sich noch nicht von den Folgen der Corona-Pandemie erholt, da werden sie von der Energiekrise und den allgemein steigenden Preisen erschüttert und mit Blick auf die Unterhaltung des Sportbetriebs erneut vor große finanzielle Herausforderungen gestellt. Sportvereine haben einen enormen Energieverbrauch, denkt man z. B. an warmes Wasser beim Duschen, beheizte Sporträume oder auch Flutlichter. Wichtig ist nun, dass den Sportvereinen Unterstützung zukommt, damit diese auch trotz enorm steigender Energie- und Verbraucherpreise in der Lage sind, den Betrieb weiter aufrechtzuerhalten“, umreißt die sportpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion **Ute Mais** die Problematik der Vereine.



Wir haben daher von der Verwaltung ein

Konzept zur Unterstützung der Vereine gefordert und darum gebeten, Energiezuschüsse seitens der Stadt, mögliche Sonderkonditionen vom Energieversorger DEW21 und die Anhebung der Zuschüsse für vereinsbetriebene Sportanlagen zu prüfen, um das Überleben der Sportvereine zu sichern. Zur letzten Sitzung des Sportausschusses gab es unter dem Tagesordnungspunkt „Energielagebericht“ eine Stellungnahme der Verwaltung.

Dazu **Ute Mais**: „Es ist gut, dass die Verwaltung Vereinen unter die Arme greifen will, die von der Stadt übertragene Sportplätze und Sportstätten in eigener Regie bewirtschaften. Diesen wird zur finanziellen Bewältigung der Preissteigerungen auf dem Energiemarkt eine Anpassung des städtischen Betriebskostenzuschusses in Aussicht gestellt. Aber was ist mit Vereinen mit eigenen Anlagen, sei es in Eigentum oder Erbbaurecht? Diese dürfen von der Stadt nicht im Regen stehen gelassen werden. Auch für sie muss es gegebenenfalls eine kommunale Hilfestellung geben. Dass die Stadt sich diesbezüglich erst einmal auf

Hilfsprogramme von Land und Bund zurückzieht, empfinden wir als unbefriedigend. Wir werden am Ball bleiben und haben im Blick,

dass auch Vereine mit vereineigenen Sportanlagen in dieser Krisenzeit nicht auf sich selbst gestellt sind.“



Foto: CDU-Ratsfraktion

Siegerentwurf für Ballsportarena im Unionviertel etwas abspecken

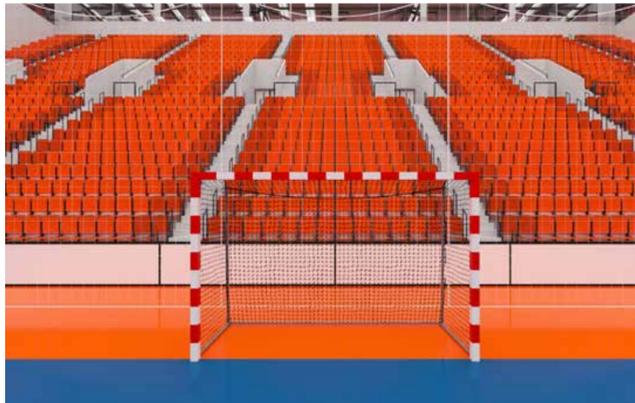


Foto: iStock.com/Danilo_Vuletic

Eine moderne und gut ausgestattete Ballsporthalle für Sport auf höchstem Niveau ist seit vielen Jahren ein Anliegen unserer Sportpolitik. „Mit dem Bau einer neuen Sportarena am Standort Unionstraße/Übelgönne würden wir gerne eine Lücke in der Sportinfrastruktur unserer Stadt schließen. Wir möchten Ballsportarten wie Handball, Volleyball oder Basketball in einer modernen,

bundesligatauglichen und für die Austragung von Spitzensportveranstaltungen geeigneten Sportstätte eine Heimat geben. Hier haben wir in Dortmund Nachholbedarf, weshalb wir endlich die Rahmenbedingungen schaffen möchten, die unseren Vereinen die Möglichkeit eröffnen, in höchsten Spielklassen in eigener Halle zu spielen“, erklärt Sportpolitikerin **Ute Mais** die Zielsetzung der CDU.



In der Ratssitzung am 10. November 2022 haben wir im Grundsatz grünes Licht gegeben für die planerische Weiterverfolgung des Siegerentwurfs, der sich in dem durchgeführten Planungswettbewerb für den Bau der beabsichtigten neuen Vierfachsporthalle mit einer Zuschauerkapazität von 3.250 Menschen durchgesetzt hat. Wir möchten aber, dass die Kosten nicht davonlaufen und von den Planern im Zaum gehalten werden.

„Angesichts erheblicher Kostensteigerungen haben wir etwas auf die Bremse getreten und erfolgreich darauf bestanden, dass im Rahmen der nun anstehenden nächsten Planungsschritte an möglichen Stellschrauben gedreht wird. Die Architekten sollen auf der Grundlage abgestufter Anforderungen kostenreduzierende Lösungsansätze für den Siegerentwurf aufzeigen“, beschreibt der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Sascha Mader** den auf uns zurückgehenden Auftrag an die Architekten. Die Kosten für die Realisierung des erfolgreichen Wettbewerbsbeitrages belaufen sich nach aktuellem Stand auf rund 44 Mio. Euro, während das Investitionsvolumen für die Ballsporthalle ursprünglich auf der Grundlage einer Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2018 auf rund 28 Mio. Euro beziffert worden ist. „Eine Preissteigerung um satte 57%“, hält **Mader** fest.

In der Bewertung sind sich **Mais** und **Mader** aus Sicht von Sport und Finanzen einig: „So sehr wir uns die neue Ballsporthalle auch wünschen, verkennen wir nicht, dass sich der Druck auf den städtischen Haushalt erhöhen wird und infolgedessen finanzielle Spielräume verloren gehen. Wir steuern auf eine schwierige Haushaltssituation zu. Gründe dafür sind die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg, die Preissteigerungen für Energie, die allgemein steigende Inflation, eine drohende Rezession mit einem Rückgang von Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben. Wir werden uns nicht immer das Maximum des Wünschenswerten leisten können. Wir werden Prioritäten setzen und bei einzelnen Projekten auch möglicherweise in abgespeckten Varianten denken müssen, um weiterhin in so wichtige Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Wohnen, Mobilität und Stadtentwicklung investieren zu können.“

Wir werden uns nicht immer das Maximum des Wünschenswerten leisten können. Wir werden Prioritäten setzen und bei einzelnen Projekten auch möglicherweise in abgespeckten Varianten denken müssen, um weiterhin in so wichtige Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Wohnen, Mobilität und Stadtentwicklung investieren zu können.“

Wir werden uns nicht immer das Maximum des Wünschenswerten leisten können. Wir werden Prioritäten setzen und bei einzelnen Projekten auch möglicherweise in abgespeckten Varianten denken müssen, um weiterhin in so wichtige Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Wohnen, Mobilität und Stadtentwicklung investieren zu können.“

Lamarr-Institut: Spitzenforschung am Wissenschaftsstandort Dortmund erfährt weitere Aufwertung



Foto: iStock.com/ipopba

Die zukünftige Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Dortmund ist für die CDU-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Gerade weil wissenschaftliches Know-how und wirtschaftliche Stärke einander oftmals bedingen. Entsprechend positiv sieht die CDU-Fraktion, dass das „Dortmunder Kompetenzzentrum Maschinelles Lernen Rhein-Ruhr (ML2R)“ zum Lamarr-Institut für Erforschung und Entwicklung vertrauenswürdiger und ressourcenschonender künstlicher Intelligenz weiterentwickelt wird. Neben der Technischen Universität (TU) Dortmund sind am neuen „Lamarr-Institut für Maschinelles Lernen und Künstliche Intelligenz“ auch die Universität Bonn sowie die Fraunhofer-Institute für Intelligente Analyse- und Informationssysteme (IAIS) in Sankt Augustin und für Materialfluss und Logistik (IML) in Dortmund beteiligt. Die CDU-geführte Landesregierung unterstützt den Aufbau dieses neuen Institutes gemeinsam mit dem Bund mit 126 Millionen Euro bis zum Jahr 2028.

Hierzu **Udo Reppin**, wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Die Weiterentwicklung des erfolgreichen Wettbewerbsbeitrages belaufen sich nach aktuellem Stand auf rund 44 Mio. Euro, während das Investitionsvolumen für die Ballsporthalle ursprünglich auf der Grundlage einer Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2018 auf rund 28 Mio. Euro beziffert worden ist. „Eine Preissteigerung um satte 57%“, hält **Mader** fest.

In der Bewertung sind sich **Mais** und **Mader** aus Sicht von Sport und Finanzen einig: „So sehr wir uns die neue Ballsporthalle auch wünschen, verkennen wir nicht, dass sich der Druck auf den städtischen Haushalt erhöhen wird und infolgedessen finanzielle Spielräume verloren gehen. Wir steuern auf eine schwierige Haushaltssituation zu. Gründe dafür sind die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg, die Preissteigerungen für Energie, die allgemein steigende Inflation, eine drohende Rezession mit einem Rückgang von Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben. Wir werden uns nicht immer das Maximum des Wünschenswerten leisten können. Wir werden Prioritäten setzen und bei einzelnen Projekten auch möglicherweise in abgespeckten Varianten denken müssen, um weiterhin in so wichtige Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Wohnen, Mobilität und Stadtentwicklung investieren zu können.“

In der Bewertung sind sich **Mais** und **Mader** aus Sicht von Sport und Finanzen einig: „So sehr wir uns die neue Ballsporthalle auch wünschen, verkennen wir nicht, dass sich der Druck auf den städtischen Haushalt erhöhen wird und infolgedessen finanzielle Spielräume verloren gehen. Wir steuern auf eine schwierige Haushaltssituation zu. Gründe dafür sind die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg, die Preissteigerungen für Energie, die allgemein steigende Inflation, eine drohende Rezession mit einem Rückgang von Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben. Wir werden uns nicht immer das Maximum des Wünschenswerten leisten können. Wir werden Prioritäten setzen und bei einzelnen Projekten auch möglicherweise in abgespeckten Varianten denken müssen, um weiterhin in so wichtige Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Wohnen, Mobilität und Stadtentwicklung investieren zu können.“

Wir werden uns nicht immer das Maximum des Wünschenswerten leisten können. Wir werden Prioritäten setzen und bei einzelnen Projekten auch möglicherweise in abgespeckten Varianten denken müssen, um weiterhin in so wichtige Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Wohnen, Mobilität und Stadtentwicklung investieren zu können.“

Wir werden uns nicht immer das Maximum des Wünschenswerten leisten können. Wir werden Prioritäten setzen und bei einzelnen Projekten auch möglicherweise in abgespeckten Varianten denken müssen, um weiterhin in so wichtige Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Wohnen, Mobilität und Stadtentwicklung investieren zu können.“

lung des ML2R zum Lamarr-Institut verstetigt die gute Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Institutionen in Dortmund, Sankt Augustin und Bonn. Forschung zu künstlicher Intelligenz ist von zunehmender Bedeutung und es ist gut zu sehen, dass der Wissenschaftsstandort Dortmund hier ganz vorne mit dabei ist. Die hier getätigte Forschung hat auch eine hohe Alltagsrelevanz. Die Förderung dieser Forschung mit 126 Millionen Euro ist eine gute Nachricht für unsere Stadt. Als CDU-Fraktion setzen wir uns auch für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Dortmunder Forschungseinrichtungen und der Stadt ein. Hiervon profitieren alle Akteure.“

Benannt ist das Institut nach der österreichisch-amerikanischen Erfinderin Hedy Lamarr, die für ihre Pionierarbeiten zu den Vorläufern von Bluetooth und WLAN bekannt ist.

Für Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf: Aufbau von Gesundheitskiosken als Anker eines Versorgungsnetzwerkes

Gemeinsam mit der Fraktion von B'90/Die Grünen setzen wir uns weiter dafür ein, die gesundheitliche Versorgung in sozial benachteiligten Stadtteilen durch sog. „Gesundheitskioske“ als niedrigschwelliges, mehrsprachiges medizinisches Hilfs- und Beratungsangebot zu verbessern. „Beispiele für Gesundheitskioske gibt es in Hamburg und Essen. Wir haben die Verwaltung im Gesundheits- und Sozialausschuss im August damit beauftragt, ein Konzept zur Einrichtung von Gesundheitskiosken in Dortmund zu erarbeiten. „Wir begreifen die Kioske insbesondere als Chance, die Gesundheitsversorgung und die Gesundheitskompetenz derjenigen zu fördern, die durch die bestehenden Strukturen nicht richtig erreicht werden. Schwierigkeiten und Hürden haben häufig Menschen, die leicht von unserer Bürokratie überfordert oder gerade erst hier angekommen sind“.

erklärt **Thomas Bahr**, Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit. Inzwischen hat die Idee der Gesundheitskioske dadurch an Fahrt aufgenommen, dass das Bundesgesundheitsministerium Eckpunkte für eine Gesetzesinitiative für den deutschlandweiten Aufbau von Gesundheitskiosken vorgestellt hat, wodurch sich möglicherweise Fördermöglichkeiten eröffnen. Wir freuen uns, dass die Verwaltung inzwischen eine erste Konzeptidee für eine Dortmunder Lösung entwickelt hat, die **Thomas Bahr** so bewertet: „Der Vorschlag der Verwaltung, den Gesundheitskiosk nach Hamburger Vorbild als Ausgangspunkt für den Aufbau eines wohnortnahen, ineinandergreifenden gesundheitlichen und sozialen Versorgungsnetzwerkes zu nutzen und dabei einen besonderen Fokus auf die Beratung und Unterstützung von Familien mit Kindern und Jugendlichen zu legen, geht nach unserem Dafürhalten in eine gute Richtung. Wir werden uns für die modellhafte Erprobung eines so ausgerichteten Gesundheitskioskes in der Dortmunder Nordstadt einsetzen. Auf der Grundlage der Erfahrungen in der Nordstadt könnte dann eine Übertragung auf andere Sozialräume unserer Stadt erwogen werden.“



erklärt **Thomas Bahr**, Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit. Inzwischen hat die Idee der Gesundheitskioske dadurch an Fahrt aufgenommen, dass das Bundesgesundheitsministerium Eckpunkte für eine Gesetzesinitiative für den deutschlandweiten Aufbau von Gesundheitskiosken vorgestellt hat, wodurch sich möglicherweise Fördermöglichkeiten eröffnen. Wir freuen uns, dass die Verwaltung inzwischen eine erste Konzeptidee für eine Dortmunder Lösung entwickelt hat, die **Thomas Bahr** so bewertet: „Der Vorschlag der Verwaltung, den Gesundheitskiosk nach Hamburger Vorbild als Ausgangspunkt für den Aufbau eines wohnortnahen, ineinandergreifenden gesundheitlichen und sozialen Versorgungsnetzwerkes zu nutzen und dabei einen besonderen Fokus auf die Beratung und Unterstützung von Familien mit Kindern und Jugendlichen zu legen, geht nach unserem Dafürhalten in eine gute Richtung. Wir werden uns für die modellhafte Erprobung eines so ausgerichteten Gesundheitskioskes in der Dortmunder Nordstadt einsetzen. Auf der Grundlage der Erfahrungen in der Nordstadt könnte dann eine Übertragung auf andere Sozialräume unserer Stadt erwogen werden.“

erklärt **Thomas Bahr**, Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit. Inzwischen hat die Idee der Gesundheitskioske dadurch an Fahrt aufgenommen, dass das Bundesgesundheitsministerium Eckpunkte für eine Gesetzesinitiative für den deutschlandweiten Aufbau von Gesundheitskiosken vorgestellt hat, wodurch sich möglicherweise Fördermöglichkeiten eröffnen. Wir freuen uns, dass die Verwaltung inzwischen eine erste Konzeptidee für eine Dortmunder Lösung entwickelt hat, die **Thomas Bahr** so bewertet: „Der Vorschlag der Verwaltung, den Gesundheitskiosk nach Hamburger Vorbild als Ausgangspunkt für den Aufbau eines wohnortnahen, ineinandergreifenden gesundheitlichen und sozialen Versorgungsnetzwerkes zu nutzen und dabei einen besonderen Fokus auf die Beratung und Unterstützung von Familien mit Kindern und Jugendlichen zu legen, geht nach unserem Dafürhalten in eine gute Richtung. Wir werden uns für die modellhafte Erprobung eines so ausgerichteten Gesundheitskioskes in der Dortmunder Nordstadt einsetzen. Auf der Grundlage der Erfahrungen in der Nordstadt könnte dann eine Übertragung auf andere Sozialräume unserer Stadt erwogen werden.“

Forschungsstandort Dortmund: Blockchain-Technologie für die öffentliche Verwaltung?



Foto: iStock.com/Vadim Shechkov

Im Zusammenhang mit IT-Sicherheit wird auch immer wieder die Blockchain-Technologie als Möglichkeit zur Verschlüsselung genannt. Um mehr über die Chancen und Herausforderungen dieser Technologie zu erfahren, waren Mitglieder der CDU-Fraktion zu Gast an der TU Dortmund. Der Fokus lag hierbei auf den Möglichkeiten der Blockchain-Technologie für die öffentliche Verwaltung. Schnell ist deutlich geworden, dass die Forschung ein großes Potenzial mit sich bringt, es an konkreten Anwendungen in der Verwaltung aber bislang fehlt.



„Diesen Ball haben wir aufgegriffen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Kooperation von Stadt und TU Dortmund ein Forschungsprojekt zu den Anwendungsmöglichkeiten der Blockchain-Technologie in der kommunalen Verwaltung auf den Weg gebracht wird“, erläutert **Lars Vogeler**, CDU-Sprecher im Digitalisierungsausschuss, wie die CDU die Blockchain-Technologie für die Verwaltung nutzbar machen will und drückt die Hoffnung aus: „Wir würden uns freuen, wenn Stadt und TU schnell zu einer Verständigung über einen Verwaltungsbereich kämen, in dem die Erforschung der Anwendungsmöglichkeiten der Blockchain-Technologie zielführend sein könnte, damit wir die dafür notwendigen finanziellen Mittel möglichst noch im städtischen Haushalt für das nächste Jahr berücksichtigen können. Wir können uns vorstellen, dass das Thema ‚Blockchain‘ sowohl für verwaltungsinterne Prozesse als auch im externen Datenaustausch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern unserer Stadt, zum Beispiel im Rahmen von Bürgerbeteiligungsprozessen, oder auch in der Kommunikation mit anderen Behörden von großem Interesse sein könnte.“

Im Zusammenhang mit IT-Sicherheit wird auch immer wieder die Blockchain-Technologie als Möglichkeit zur Verschlüsselung genannt. Um mehr über die Chancen und Herausforderungen dieser Technologie zu erfahren, waren Mitglieder der CDU-Fraktion zu Gast an der TU Dortmund. Der Fokus lag hierbei auf den Möglichkeiten der Blockchain-Technologie für die öffentliche Verwaltung. Schnell ist deutlich geworden, dass die Forschung ein großes Potenzial mit sich bringt, es an konkreten Anwendungen in der Verwaltung aber bislang fehlt.

Im Zusammenhang mit IT-Sicherheit wird auch immer wieder die Blockchain-Technologie als Möglichkeit zur Verschlüsselung genannt. Um mehr über die Chancen und Herausforderungen dieser Technologie zu erfahren, waren Mitglieder der CDU-Fraktion zu Gast an der TU Dortmund. Der Fokus lag hierbei auf den Möglichkeiten der Blockchain-Technologie für die öffentliche Verwaltung. Schnell ist deutlich geworden, dass die Forschung ein großes Potenzial mit sich bringt, es an konkreten Anwendungen in der Verwaltung aber bislang fehlt.

Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2023

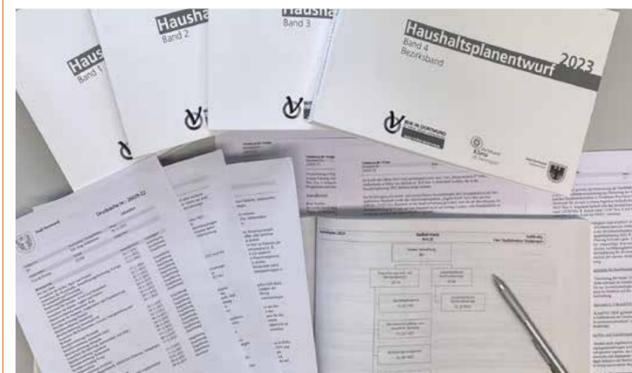


Foto: CDU-Ratsfraktion

Im November ist dem Rat der Stadt Dortmund der Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2023 vorgestellt worden. Der Haushaltsplanentwurf sieht ein Haushaltsvolumen von rund 3 Mrd. Euro vor. Das Haushaltsjahr 2023 schließt nach dem Haushaltsplanentwurf mit einem Defizit von 20,5 Mio. Euro ab. Dieser Fehlbetrag kann nach dem heutigen Stand aus der verfügbaren Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Dies hat positiv zur Folge, dass der Haushalt der Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde lediglich anzuzeigen ist, aber keinem Genehmigungsvorbehalt unterliegt.

„Uns ist wichtig, dass damit und auch mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung unsere kommunalpolitische Eigenständigkeit und unser kommunalpolitischer Handlungsspielraum erhalten bleiben. Dass dies so ist, verdanken wir den Haushaltsüberschüssen der vergangenen Jahre, die wir der Ausgleichsrücklage zugeführt haben. Davon zehren wir nun. Dies ist letztendlich auch ein Verdienst unserer CDU-Finanzpolitik. Ohne

den von unserer Fraktion in 2015 der Verwaltung verordneten Kurs struktureller Einsparungen, ohne die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu belasten, wäre dies nicht möglich gewesen“, stellt der Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Dr. Jendrik Suck**, positiv fest, um zugleich aber auch den Zeigefinger mahnend zu erheben: „Allerdings ist die Haushaltsituation alles andere als rosig. Die Folgen der Corona-Pandemie, die Auswirkungen des Ukraine-Krieges, die steigende Inflation, die drohende Rezession mit einem Rückgang von Steuereinnahmen bei zugleich steigenden Sozialausgaben setzen den Stadthaushalt mittelfristig erheblich unter Druck und gefährden die kommunale Handlungsfähigkeit.“



Für den Moment entlastet die sogenannte ‚Bilanzierungshilfe‘ des Landes den städtischen Haushalt. Danach können die finanziellen Belastungen aus der Corona-Pandemie, dem Ukraine-Krieg und der Energiekrise als gesonderte Bilanzposten isoliert ausgewiesen und so quasi neutralisiert werden. Die Belastungen werden allerdings nur verschoben und zeitlich gestreckt und müssen ab dem Jahr 2026 über 50 Jahre abgetragen werden. Dabei geht es nach aktuellem Stand um rund 450 Mio. Euro.

„Der städtische Haushalt steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen“, fasst **Sascha Mader**, der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, zusammen und verdeutlicht den Standpunkt der CDU: „Wir werden darauf achten, dass die Investitionsfähigkeit unserer Stadt erhalten bleibt, um Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Wohnen, Mobilität und Stadtentwicklung erfolgreich zu gestalten. Wir begrüßen, dass der Haushaltsplanentwurf ohne Steuererhöhungen auskommt.“

Der Haushaltsplan 2023 sieht ein Investitionsvolumen von rd. 391 Mio. Euro vor. Dies sind rund 150 Mio. Euro weniger als im Haushaltsjahr 2022. Ein Schwerpunkt liegt weiterhin auf dem Schulbauprogramm.

Auf die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs im Rat folgen die Haushaltsberatungen in den Bezirksvertretungen und Fachausschüssen des Rates. Unsere Fraktion wird sich in den kommenden Wochen intensiv mit dem Zahlenwerk auseinandersetzen und eigene Akzente erarbeiten. Der Rat soll den Haushaltsplanentwurf in seiner Sitzung am 9. Februar 2023 abschließend beraten. Die beschlossene Haushaltssatzung wird anschließend der Bezirksregierung zur Anzeige vorgelegt.

Sonnensegel im Westfalenpark



Foto: CDU-Ratsfraktion

Nach jahrelanger Sanierung kann das Sonnensegel noch immer nicht in Betrieb genommen und genutzt werden und dies wird auf unbestimmte Zeit auch so bleiben. Dies ist das Ergebnis einer Anfrage unserer Fraktion zum Stand der Dinge. Zur Erinnerung: Im Frühjahr dieses Jahres wurde an einer der drei Verankerungen des Sonnensegels im Westfalenpark ein Schaden entdeckt. Es zeigte sich ein Riss an der Verbindung zwischen Trage- und Erdanker. Zur Ursachenforschung wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses hat ergeben, dass alle drei Bodenanker ertüchtigt werden müssen, was eine komplexe Planung erforderlich macht. Diese kann aber noch nicht angestoßen werden, da zunächst geklärt werden muss, ob möglicherweise Schadensersatzansprüche gegen Planungs- oder Ausführungsbeteiligte am Sanierungsprozess bestehen. Vor diesem Hintergrund sieht sich die Verwaltung in ihrer Antwort auf unsere Sachstandsabfrage außerstande, zum gewärtigen Zeitpunkt Aussagen zu Kosten und zeitlichen Abläufen der notwendigen Reparaturen an den Bodenverankerungen zu treffen. So müssen die BesucherInnen des Westfalenparks leider weiterhin auf das Sonnensegel verzichten und dürfen das nach einem Entwurf der Architekten Prof. Benisch und Partner (u. a. Münchener Olympiagelände) zur Bundesgartenschau 1969 errichtete Sonnensegel bis auf Weiteres nur von außen bestaunen. Wir werden am Ball bleiben, da das Sonnensegel selbstverständlich auch ein wesentlicher Baustein des von uns in den letzten Haushaltsberatungen eingeforderten Konzepts zur Erschließung und Bespielung von Spielorten für Theater und Konzerte in den Park- und Grünanlagen unserer Stadt ist.

Nach jahrelanger Sanierung kann das Sonnensegel noch immer nicht in Betrieb genommen und genutzt werden und dies wird auf unbestimmte Zeit auch so bleiben. Dies ist das Ergebnis einer Anfrage unserer Fraktion zum Stand der Dinge. Zur Erinnerung: Im Frühjahr dieses Jahres wurde an einer der drei Verankerungen des Sonnensegels im Westfalenpark ein Schaden entdeckt. Es zeigte sich ein Riss an der Verbindung zwischen Trage- und Erdanker. Zur Ursachenforschung wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses hat ergeben, dass alle drei Bodenanker ertüchtigt werden müssen, was eine komplexe Planung erforderlich macht. Diese kann aber noch nicht angestoßen werden, da zunächst geklärt werden muss, ob möglicherweise Schadensersatzansprüche gegen Planungs- oder Ausführungsbeteiligte am Sanierungsprozess bestehen. Vor diesem Hintergrund sieht sich die Verwaltung in ihrer Antwort auf unsere Sachstandsabfrage außerstande, zum gewärtigen Zeitpunkt Aussagen zu Kosten und zeitlichen Abläufen der notwendigen Reparaturen an den Bodenverankerungen zu treffen. So müssen die BesucherInnen des Westfalenparks leider weiterhin auf das Sonnensegel verzichten und dürfen das nach einem Entwurf der Architekten Prof. Benisch und Partner (u. a. Münchener Olympiagelände) zur Bundesgartenschau 1969 errichtete Sonnensegel bis auf Weiteres nur von außen bestaunen. Wir werden am Ball bleiben, da das Sonnensegel selbstverständlich auch ein wesentlicher Baustein des von uns in den letzten Haushaltsberatungen eingeforderten Konzepts zur Erschließung und Bespielung von Spielorten für Theater und Konzerte in den Park- und Grünanlagen unserer Stadt ist.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

Sprechen Sie uns bitte an:
0231 - 57 94 11
 oder
mail@cdu-fraktion-dortmund.de



Thomas Bahr
 Sprecher im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit



Christian Barrenbrügge
 Sprecher im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie sowie im Betriebsausschuss FABIDO
 Stellv. Sprecher im Schulausschuss



Annette Becker
 Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung
 Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün



Emmanouil Daskalakis



Reinhard Frank
 Mitglied des Fraktionsvorstandes (Schatzmeister)
 Sprecher im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün
 Stellv. Sprecher im Rechnungsprüfungsausschuss



Dr. Eva-Maria Goll
 Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzerin)
 Sprecherin im Schulausschuss



Dirk Hartleif
 Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Grün
 Stellv. Sprecher im Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit



Thorsten Hoffmann
 Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzer)
 Stellv. Sprecher im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden



Sascha Mader
 Stellv. Fraktionsvorsitzender
 Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Sport und Freizeit
 Sprecher im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
 Stellv. Sprecher im Hauptausschuss und Ältestenrat



Ute Mais
 Bürgermeisterin
 Mitglied des Fraktionsvorstandes
 Sprecherin im Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit
 Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie sowie im Betriebsausschuss FABIDO



Matthias Nienhoff
 Stellv. Sprecher im Ausschuss für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung



Ina Polomski-Töle



Udo Reppin
 Stellv. Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses
 Sprecher im Ausschuss für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung
 Stellv. Sprecher im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften



Manfred Sauer
 Sprecher im Rechnungsprüfungsausschuss



Dr. Jendrik Suck
 Fraktionsvorsitzender
 Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
 Sprecher im Hauptausschuss und Ältestenrat



Michaela Uhlig
 Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit



Lars Vogeler
 Sprecher im Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung



Uwe Wallrabe
 Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzer)
 Sprecher im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden



Uwe Waßmann
 Stellv. Fraktionsvorsitzender
 Sprecher im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen
 Stellv. Sprecher im Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung



Friedrich-Wilhelm Weber
 Vorsitzender des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden
 Stellv. Sprecher im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen

Impressum

Herausgeber: CDU Fraktion im Rat der Stadt Dortmund, Südwall 21-23, 44137 Dortmund

V.i.S.d.P.: Ralf Binnberg, Geschäftsführer

Redaktion: Dr. Jendrik Suck (Leitung), Ralf Binnberg, Reinhard Frank, Annette Hedergott, Athina Kazinaki, Susanne Lengner, Nils Sotmann

Redaktions-

schluss: 02. Dezember 2022

Satz: schlecht gestaltet. Ute Schlecht

Druck: Deutsche Post Dialog Solutions GmbH

So erreichen Sie uns:

Südwall 21-23
 44137 Dortmund

Mo. - Do.: 9.00 - 17.30 Uhr

Fr.: 9.00 - 14.00 Uhr oder nach Vereinbarung

Telefon: 02 31 - 57 94 11

Internet: www.cdu-fraktion-dortmund.de

E-Mail: mail@cdu-fraktion-dortmund.de



www.cdu-fraktion-dortmund.de



cdufraktiondortmund



cdufraktiondortmund



cdufraktionDO